Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/508

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

II/1 — 31109 — 5219/66

Bonn, den 6. April 1966

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. Juni 1965 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen. Der deutsche und spanische Wortlaut des Vertrages und des Protokolls, ein zum Vertrag gehöriger Briefwechsel sowie eine Denkschrift sind beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Wirtschaft und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 293. Sitzung am 1. April 1966 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. Juni 1965 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Quito am 28. Juni 1965 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem Protokoll und dem Briefwechsel vom gleichen Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel XIV Abs. 2 sowie das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 8, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel XIV Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder oder Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Tratado entre la República Federal de Alemania y la República del Ecuador sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones de Capital

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Ecuador

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der vertragliche Schutz dieser Kapitalanlagen einen wertvollen Anreiz für die private und wirtschaftliche Initiative darstellen und den Wohlstand beider Völker mehren können,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

La República Federal de Alemania y la República del Ecuador,

ANIMADAS del deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados,

CON EL PROPOSITO de crear favorables condiciones para las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de un Estado en el territorio del otro Estado y,

RECONOCIENDO que el fomento y la protección contractual de esas inversiones de capital pueden servir de valioso aliciente para la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de los dos pueblos,

HAN ACORDADO LO SIGUIENTE:

Artikel I

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit ihren geltenden Rechtsvorschriften Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei zulassen; sie wird sie fördern und gerecht und billig behandeln.

Artículo I

Cada una de las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes, permitirá, dentro de su respectivo territorio, las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, promoviéndolas y tratándolas justa y equitativamente.

Artikel II

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig behandeln als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandeln als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artículo II

(1) Cada Parte Contratante no someterá en su territorio a las inversiones de capital, que sean propiedad o estén bajo el control de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un tratamiento menos favorable que el que se concede a las inversiones de capital de los propios nacionales y sociedades o a las inversiones de capital de nacionales y sociedades de terceros Estados.

(2) Cada una de las Partes Contratantes, en cuanto se relacione con sus actividades en torno a las inversiones de capital, no someterá asimismo, en su territorio a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un tratamiento menos favorable que el que conceda a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

Artikel III

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur aus Gründen des allgemeinen oder sozialen Wohls und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteig-

Artículo III

(1) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozan en el territorio de la otra Parte Contratante de plena protección y seguridad.

(2) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes no podrán ser expropiadas en el territorio de la otra Parte Contratante más que por causas de utilidad pública o social y contra indemnización. La indemnización, que responderá al valor

neten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung können im ordentlichen Gerichtsverfahren des betreffenden Staates nachgeprüft werden.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel IV

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien und unverzüglichen Transfer des Kapitals, seiner Erträge (Erträgnisse, Dividenden, Zinsen usw.) und, im Falle der Liquidation, Entschädigung oder Enteignung den entsprechenden Betrag.

Artikel V

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften auf die erstgenannte Vertragspartei, sei es kraft Gesetzes, sei es durch Rechtsgeschäft, sowie deren Eintritt in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfange wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gilt Artikel IV dieses Vertrages sinngemäß.

Artikel VI

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel IV zu dem Kurs, der nach geltenden Rechtsvorschriften unter Beachtung des Absatzes 2 für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gilt.

(2) Dieser Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat.

de las inversiones de capital expropiadas, deberá ser efectivamente realizable, libremente transferible y satisfecha sin demora. A más tardar en el momento de la expropiación, deben haberse tomado debidamente medidas para fijar y satisfacer la indemnización. La legitimidad de la medida expropiatoria y la cuantía de la indemnización podrán probarse en el procedimiento judicial ordinario del respectivo Estado.

(3) Los nacionales o las sociedades de una de las Partes Contratantes que, por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia o motín, sufran en el territorio de la otra Parte Contratante pérdidas en las inversiones de capital situadas en él, no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo referente a restituciones, ajustes, pagos de compensación u otras indemnizaciones.

(4) En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente artículo, los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del tratamiento de la nación más favorecida.

Artículo IV

Cada una de las Partes Contratantes garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la transferencia libre y sin demora del capital, de sus beneficios (utilidades, dividendos, intereses, etc.) y, en caso de liquidación, indemnización o expropiación, del monto de éstas.

Artículo V

Si una de las Partes Contratantes realizare pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada para una inversión de capital en el territorio de la otra Parte Contratante, ésta reconocerá la transferencia de todos los derechos de estos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante bien sea por el ministerio de la ley o bien sea por acto jurídico, así como la sucesión de la primera Parte Contratante en todos los derechos (derechos transferidos) que ésta pudiere ejercer en la misma medida que su anterior titular. Para la transferencia de los pagos que deban realizarse a la Parte Contratante en virtud de los derechos transferidos, regirá, "mutatis mutandis", el artículo IV del presente Tratado.

Artículo VI

(1) Si los interesados no han concertado un arreglo distinto, admitido por los centros competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio está situada la inversión de capital, las transferencias en virtud del artículo IV se efectuarán a la cotización que según las disposiciones legales vigentes y en observación del párrafo (2) rija para las operaciones corrientes en el día de la transferencia.

(2) Dicha cotización se basará en el valor de paridad (par value) acordado por el Fondo Monetario Internacional y se moverá dentro del margen de oscilación de una y otra parte de la paridad (parity) admitida por el artículo IV, apartado 3) del Convenio sobre el Fondo Monetario Internacional.

(3) Si en el momento de la transferencia no existe para una Parte Contratante ninguna cotización de conversión al tenor del párrafo (2), se aplicará la cotización oficial que dicha Parte Contratante hubiere fijado para su moneda en relación con el dólar de los Estados Unidos de América u otra moneda de libre conversión o con el oro.

(4) Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

(4) Si no se hubiese fijado tal cotización, los centros competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio esté situado el capital admitirán una cotización de conversión que sea justa y equitativa.

Artikel VII

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer der Vertragsparteien oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit, als sie günstiger ist, vor.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artículo VII

(1) Si de disposiciones legales de una de las Partes Contratantes o de obligaciones emanadas del Derecho Internacional, actualmente en vigor o futuras, que, además del presente Tratado existiesen entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial, en virtud de la cual deberá concederse a las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un tratamiento más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

(2) Cada Parte Contratante cumplirá los compromisos de cualquier índole que haya contraído en lo concerniente a las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artikel VIII

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen" umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte;
b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und Marktwert;
e) von öffentlich-rechtlichen Stellen gewährte Konzessionen, einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Als Erträge aus Kapital gelten diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Erträgnisse oder Zinsen entfallen.

(3) Unter „Staatsangehörigen" sind zu verstehen

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
b) in bezug auf die Republik Ecuador:
Ecuadorianer nach Maßgabe der politischen Verfassung und der Gesetze der Republik Ecuador.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften" bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
b) in bezug auf die Republik Ecuador:
Jede juristische Person, Handelsgesellschaft und sonstige Gesellschaft oder Vereinigung, die ihren

Artículo VIII

(1) El concepto de "inversiones de capital" comprende toda clase de bienes y en particular aunque no exclusivamente:

a) La propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales;
b) Participaciones en sociedades y otra clase de participaciones;
c) Reclamos monetarios o de prestaciones que tengan un valor económico;
d) Derechos de autor, derechos de propiedad industrial, procedimientos técnicos, nombres comerciales y valor comercial;
e) Concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluídas las concesiones de exploración y beneficio.

Una modificación en la forma en que se inviertan los capitales no afecta a su naturaleza como inversión de capital.

(2) Se entiende por beneficios de capital aquellas cantidades que corresponden a las utilidades o intereses de una inversión de capital en un período determinado.

(3) Se entiende por "nacionales":

a) Para la República Federal de Alemania:
Los alemanes, en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;
b) Para la República del Ecuador:
Los ecuatorianos, de acuerdo con la Constitución Política y leyes de la República del Ecuador.

(4) El concepto de "sociedades" designa:

a) Para la República Federal de Alemania:
Todas las personas jurídicas, sociedades comerciales y demás sociedades y asociaciones, con o sin personalidad jurídica, que tengan su sede en el territorio de la República Federal de Alemania y existan en derecho, con arreglo a las leyes, independientemente de que la responsabilidad de sus socios o miembros sea limitada o ilimitada y que su actividad tenga o no fines lucrativos.
b) Para la República del Ecuador:
Todas las personas jurídicas, sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones que tengan su

Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Ecuador hat und zu Recht besteht, gleichviel, ob die Haftung ihrer Gesellschafter oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt ist und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;

sede en el territorio de la República del Ecuador y que existan conforme a derecho, independientemente de que las responsabilidades de sus socios o miembros sean limitadas o ilimitadas y que su actividad tenga o no fines lucrativos.

Artikel IX

Diesem Vertrag unterliegen auch Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artículo IX

Están sometidas al presente Tratado también las inversiones de capital efectuadas antes de la entrada en vigor del mismo por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante de acuerdo con las disposiciones legales de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artikel X

Jede Vertragspartei gewährt die Inländerbehandlung im Rahmen dieses Vertrages auf Grund der Tatsache, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von der anderen Vertragspartei eingeräumt wird.

Artículo X

Cada una de las Partes Contratantes concederá el tratamiento nacional, de acuerdo con los términos del presente Tratado, sobre la base de que el tratamiento nacional es concedido, también en las mismas materias, por la otra Parte Contratante.

Artikel XI

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages werden, soweit möglich, durch Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt.

(2) Können solche Meinungsverschiedenheiten auf diese Weise nicht beigelegt werden, so werden sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem im gegenseitigen Einvernehmen zu ernennenden Schiedsrichter zur Entscheidung unterbreitet. Kommt innerhalb von drei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei mitgeteilt hat, daß sie die Schiedsgerichtsbarkeit in Anspruch nehmen wolle, keine Einigung über die Ernennung des Schiedsrichters zustande, so wird die Angelegenheit auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet, das wie folgt gebildet wird. Jede Vertragspartei bestellt einen Schiedsrichter, und diese beiden Schiedsrichter ernennen im gegenseitigen Einvernehmen einen Obmann des Schiedsgerichts, der Staatsangehöriger eines dritten Staates sein soll. Die beiden Schiedsrichter müssen innerhalb einer Frist von zwei Monaten und der Obmann innerhalb einer Frist von drei Monaten ernannt sein, gerechnet vom Ablauf der für die Ernennung des Einzelschiedsrichters festgesetzten Frist.

(3) Werden die im vorstehenden Absatz vorgesehenen Ernennungen nicht innerhalb der dort vorgesehenen Fristen vorgenommen, so kann, soweit nichts anderes vereinbart wird, jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grunde verhindert, so soll der Vizepräsident dieses Gerichtshofes die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus anderen Gründen verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Internationalen Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidungen des Einzelschiedsrichters und die des Schiedsgerichts sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten des von ihr benannten Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren. Die Kosten des Obmannes, des Einzelschiedsrichters sowie die son-

Artículo XI

(1) Las diferencias que ocurrieren entre las Partes Contratantes respecto de la interpretación o aplicación del presente Tratado se resolverán, dentro de lo posible, mediante negociaciones entre los Gobiernos de las Partes Contratantes.

(2) Si tales diferencias no pudieren resolverse de este modo, se las someterá, a petición de cualquiera de las Partes Contratantes, a la decisión de un Arbitro designado de común acuerdo. En caso de no producirse acuerdo acerca de la designación del Arbitro dentro del plazo de tres meses contado desde la fecha en que una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra Parte su decisión de recurrir a la jurisdicción arbitral, el asunto será sometido, a petición de cualquiera de las Partes, a un Tribunal Arbitral, designado en la forma siguiente: cada una de las Partes Contratantes nombrará un Arbitro y estos dos Arbitros designarán, de común acuerdo, al Presidente del Tribunal Arbitral, que será nacional de un tercer Estado. Los dos Arbitros deberán ser designados dentro del plazo de dos meses y el Presidente del Tribunal Arbitral dentro del plazo de tres meses, a contar de la expiración del plazo fijado para la designación del Arbitro único.

(3) Si dentro de los plazos señalados en el párrafo anterior no se hicieron las designaciones previstas en él, y no se conviniere otra cosa, cada una de las Partes Contratantes tendrá derecho a pedir al Presidente de la Corte Internacional de Justicia que proceda a hacer los nombramientos necesarios. Si el Presidente de la Corte Internacional de Justicia fuere nacional de una de las Partes Contratantes, o estuviese impedido por cualquier causa, las designaciones serán hechas por el Vicepresidente de la misma Corte. Si el Vicepresidente fuere nacional de una de las Partes Contratantes, o estuviere impedido por otra causa, las designaciones serán hechas por el miembro de la Corte Internacional de Justicia de mayor categoría, que no sea nacional de ninguna de las Partes Contratantes.

(4) El Tribunal Arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Las decisiones del Arbitro unipersonal y las del Tribunal Arbitral son obligatorias. Cada una de las Partes Contratantes pagará los gastos del Arbitro que hubiere designado, como así mismo los que ocasionare su defensa en el procedimiento. Los del

stigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Der Einzelschiedsrichter oder das Schiedsgericht können eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regeln sie das Verfahren selbst.

(5) Die Zuständigkeit der Gerichte der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wurde, wird durch die in diesem Artikel festgelegte Schiedsgerichtsbarkeit in keiner Weise berührt.

Arbitro unipersonal y las demás costas serán de cargo de ambas Partes Contratantes por mitad. El Arbitro unipersonal o el Tribunal Arbitral podrán adoptar una decisión distinta en cuanto al pago de costas. En lo demás regularán por sí mismo el procedimiento.

(5) El arbitraje estipulado en esta cláusula no afectará en forma alguna a la jurisdicción de los tribunales del país en el cual se haya efectuado la inversión.

Artikel XII

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts einschließlich der Verteidigungsabkommen, denen die Vertragsparteien als Mitglieder angehören, zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens zum Zeitpunkt der Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzung aufgehoben.

Artículo XII

Las disposiciones del presente Tratado seguirán en vigor incluso en caso de conflicto bélico entre las Partes Contratantes, sin perjuicio del derecho de tomar medidas transitorias autorizadas por las reglas generales del derecho internacional, incluyendo los convenios de defensa de que las Partes Contratantes sean miembros. Las medidas de este género se derogarán, a más tardar, en el momento en que termine el conflicto bélico.

Artikel XIII

Dieser Vertrag gilt — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 8, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Ecuador innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages schriftlich eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artículo XIII

El presente Tratado se aplicará también al "Land Berlín", con excepción de las disposiciones contempladas en el parágrafo (8) del Protocolo, relacionadas con la navegación aérea, en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no manifieste lo contrario, por escrito, al Gobierno del Ecuador dentro de los tres meses subsiguientes a la fecha en que el presente Tratado entre en vigencia.

Artikel XIV

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die den Bestimmungen dieses Vertrages entsprochen haben und bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Artikel I bis XIII noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage der Kündigung dieses Vertrages an.

Artículo XIV

(1) El presente Tratado será ratificado y el canje de los instrumentos de ratificación tendrá lugar en Bonn, lo antes posible.

(2) El presente Tratado entrará en vigencia un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años y se prolongará por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado, por escrito, por una de las Partes Contratantes, un año antes de su expiración. Transcurridos diez años, podrá denunciarse el Tratado en cualquier momento, pero seguirá en vigencia todavía por un año con posterioridad a la fecha en que se haya efectuado la denuncia.

(3) Para inversiones de capital que hubieren cumplido con las estipulaciones del presente Tratado y que se hayan realizado hasta el momento de expiración del mismo, las disposiciones de los artículos I al XIII seguirán rigiendo durante los veinte años subsiguientes a la fecha en que el Tratado haya sido denunciado.

UNTERZEICHNET zu Quito am 28. Juni 1965 in vier Urschriften, zwei in deutscher, zwei in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Georg Graf zu Pappenheim
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Bruno Toepfer
Ministerialdirigent
Vorsitzender der Deutschen Delegation

Für die Republik Ecuador
Dr. Rafael García Velasco
Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten

FIRMADO en Quito, el veintiocho de junio de mil novecientos sesenta y cinco, en cuatro originales, dos en alemán y dos en castellano, siendo cada texto igualmente válido.

Por la República Federal de Alemania,
Georg Graf zu Pappenheim,
Embajador de la República Federal de Alemania.

Dr. Bruno Toepfer,
Ministerialdirigent,
Presidente de la Delegación Alemana.

Por la República del Ecuador,
Dr. Rafael García Velasco,
Ministro Interino de Relaciones Exteriores.

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

1. Zu Artikel I

   Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrages.

2. Zu Artikel II

   a) Als Betätigung im Sinne des Artikels II Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels II Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: Die Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels II.

   b) Artikel II Absatz 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer, die von den Gesetzen und Verordnungen eines jeden Staates geregelt werden, keine Anwendung.

3. Zu Artikel III

   Die Bestimmungen des Artikels III Absatz 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter Enteignung ist die Entziehung oder Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

4. Zu Artikel IV

   a) Als „Liquidation" im Sinne von Artikel IV gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

   b) Als „unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels IV gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist, die in keinem Fall 6 Monate überschreiten darf, beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens mit den erforderlichen Unterlagen.

   c) Der Begriff „freier" Transfer schließt die Anwendung der in jeder Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften über Steuern und Abgaben nicht aus.

   d) Der Transfer erfolgt unter Beachtung der Bestimmungen dieses Vertrages und im übrigen nach den im Zeitpunkt der Überweisung in der betreffenden Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften.

Protocolo

En el acto de la firma del Tratado sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones de Capital entre la República Federal de Alemania y la República del Ecuador los infrascritos plenipotenciarios han acordado además las siguientes disposiciones que deben considerarse como parte integrante del Tratado:

1. ad Artículo I

   Gozarán de plena protección de este Tratado aquellas inversiones de capital que, de acuerdo con las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, hayan realizado en su territorio ya sea nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante.

2. ad Artículo II

   a) Como actividad en el sentido del Artículo II párrafo 2 se considera especialmente, pero no exclusivamente, la administración, utilización y aprovechamiento de una inversión de capital. Se considera especialmente como trato menos favorable en el sentido del Artículo II párrafo 2: la limitación en la adquisición de materias primas y auxiliares, energía y combustibles así como medios de producción y de explotación de todas clases, la obstaculización de la venta de productos en el interior y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos. Las medidas que haya que adoptar por razones de seguridad y orden públicos, de sanidad pública o de moralidad, no se considerarán como trato menos favorable en el sentido del Artículo II.

   b) El Artículo II párrafo 2 no tiene aplicación a la entrada, permanencia y ocupación como trabajador, que se regulan por las leyes y reglamentos de cada Estado.

3. ad Artículo III

   Las disposiciones del Artículo III párrafo 2 se aplican también a la transferencia de una inversión de capital a propiedad pública, su sometimiento a control público o análogas ingerencias del poder público. Bajo el concepto de expropiación se comprende la privación o limitación de todo derecho a un bien que por sí solo o con otros derechos constituye una inversión de capital.

4. ad Artículo IV

   a) Como "liquidación" en el sentido del Artículo IV se considera también una enajenación que se hace con objeto de abandonar total o parcialmente la inversión de capital.

   b) Según el sentido del Artículo IV, se considera como realizada "sin demora" una transferencia, cuando se la ha efectuado dentro de un plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades relacionadas con la transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá pasar de seis meses, comienza a regir en el momento en que se entrega la correspondiente solicitud, acompañada de la documentación pertinente.

   c) El término transferencia "libre" no excluye la aplicación de las disposiciones legales vigentes en cada una de las Partes Contratantes sobre impuestos y gravámenes.

   d) Las transferencias se efectúan respetando las disposiciones del presente Tratado y, por lo demás, de acuerdo con las normas legales vigentes en el momento de la transferencia en la Parte Contratante respectiva.

5. Zu Artikel VI

a) Soweit nach den geltenden Rechtsvorschriften die Anwendung des Kurses nach Artikel VI Absätze 1 bis 3 davon abhängt, daß die Kapitalanlage bei den zuständigen Stellen der Vertragspartei registriert ist, in deren Hoheitsgebiet sie vorgenommen wird, findet Artikel VI Absätze 1 bis 3 nur Anwendung, wenn die Registrierung erfolgt ist. Dasselbe gilt im Falle der Erhöhung des Kapitals oder der Wiederanlage der Gewinne.

b) Es besteht Einverständnis, daß die Regelung über den Kurs in Artikel VI Absatz 3 nur Anwendung findet, wenn ein einziger amtlicher Kurs besteht.

6. Zu Artikel VIII

a) Erträge aus einer Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage die Erträge daraus genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

7. Zu Artikel IX

Die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus dem Londoner Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

8. Die Vertragsparteien garantieren die freie Wahl der Transportmittel für den Fracht- und Personenverkehr im Zusammenhang mit den Zielen dieses Vertrages.

9. Die Bestimmungen über die Meistbegünstigung in diesem Vertrag sind nicht anwendbar auf die Vorteile, Privilegien und Vergünstigungen, Zugeständnisse und Befreiungen, die eine Vertragspartei ihren Grenzstaaten (einschließlich auf Grund von Grenzverträgen, -Abkommen oder -Vereinbarungen) gewährt oder gewähren wird, sowie auf solche, die sich aus Verpflichtung regionaler Wirtschaftsintegration oder aus der Mitgliedschaft in einer Zollunion ergeben.

UNTERZEICHNET zu Quito am 28. Juni 1965 in vier Urschriften, zwei in deutscher, zwei in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Georg Graf zu Pappenheim
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Bruno Toepfer
Ministerialdirigent
Vorsitzender der Deutschen Delegation

Für die Republik Ecuador
Dr. Rafael García Velasco
Stellvertretender Minister für
Auswärtige Angelegenheiten

5. ad Artículo VI

a) En la medida en que, conforme a las disposiciones legales vigentes, la aplicación de la cotización según el Artículo VI, párrafos 1 a 3, dependa del hecho de que la inversión de capital esté registrada en los centros competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio se encuentra la misma, el artículo VI, párrafos 1 a 3, sólo se aplicará cuando se haya efectuado el registro. Lo mismo regirá para el caso de aumento de capital o reinversión de utilidades.

b) Queda entendido que la regla relativa a la cotización, contenida en el Artículo VI, párrafo 3, regirá exclusivamente si existiera una sola cotización oficial.

6. ad Artículo VIII

a) El beneficio de una inversión de capital y, en caso de su reinversión, el beneficio de ésta gozarán de la misma protección que la inversión de capital.

b) Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará especialmente como nacional de una de las Partes Contratantes toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por la autoridad competente de la Parte Contratante en cuestión.

7. ad Artículo IX

Las obligaciones de la República Federal de Alemania que emanan del Acuerdo de Londres del 27 de febrero de 1953 sobre la Deuda Externa Alemana no son afectadas por el presente Tratado.

8. Las Partes Contratantes garantizarán la libre elección de los medios de transporte para bienes y personas vinculadas a los fines del presente Tratado.

9. El tratamiento de nación más favorecida contemplado en el presente Tratado no será aplicable a las ventajas, privilegios, favores, deducciones o exenciones que una de las Partes Contratantes hubiere concedido o concediere a sus Estados Limítrofes (inclusive por tratados, convenios o acuerdos fronterizos), como tampoco a los que emanaren de compromisos de integración económica regional o de participaciones en uniones aduaneras.

FIRMADO en Quito, el veintiocho de junio de mil novecientos sesenta y cinco, en cuatro originales, dos en alemán y dos en castellano, siendo cada texto igualmente válido.

Por la República Federal de Alemania,
Georg Graf zu Pappenheim,
Embajador de la República Federal de Alemania.

Dr. Bruno Toepfer,
Ministerialdirigent,
Presidente de la Delegación Alemana.

Por la República del Ecuador,
Dr. Rafael García Velasco,
Ministro Interino de Relaciones Exteriores.

Briefwechsel

Quito, den 28. Juni 1965

Herr Vorsitzender,

In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Republik Ecuador den deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Republik Ecuador einreisen, sich dort aufhalten und arbeiten wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Doctor Rafael García Velasco
Stellvertretender Minister für
Auswärtige Angelegenheiten

Dem Vorsitzenden
der Deutschen Delegation
Herrn Ministerialdirigent
Dr. Bruno Toepfer
Quito

Quito, a 28 de junio de 1965.

Señor Presidente:

Con el propósito de facilitar y fomentar la realización y el desarrollo de inversiones de capital de nacionales o sociedades alemanas, la República del Ecuador concederá a los nacionales alemanes que, en relación con las inversiones de capital de nacionales o sociedades alemanas desearen ingresar a la República del Ecuador y permanecer en ella y trabajar en ella, los permisos que fueren necesarios siempre que no se opongan razones de orden y seguridad públicos, de sanidad pública y de moralidad.

Sírvase aceptar, señor Presidente, el testimonio de mi más alta consideración.

Dr. Rafael García Velasco,
Ministro Interino de Relaciones Exteriores de la
República del Ecuador.

Al señor doctor don Bruno Toepfer,
Ministerialdirigent,
Presidente de la Delegación Alemana.

Der Vorsitzende
der Deutschen Delegation

Quito, den 28. Juni 1965

Herr Minister,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Republik Ecuador den deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Republik Ecuador einreisen, sich dort aufhalten und arbeiten wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen."

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Bruno Toepfer
Ministerialdirigent
Vorsitzender der Deutschen Delegation

Seiner Exzellenz
dem stellvertretenden Minister
für Auswärtige Angelegenheiten
Herrn Doktor Rafael García Velasco
Quito

El Presidente de la Delegación Alemana.

Quito, a 28 de junio de 1965.

Señor Ministro:

Tengo a honra avisar recibo de su comunicación fechada el día de hoy, cuyo texto es el siguiente:

"Con el propósito de facilitar y fomentar la realización y el desarrollo de inversiones de capital de nacionales o sociedades alemanas, la República del Ecuador concederá a los nacionales alemanes que, en relación con las inversiones de capital de nacionales o sociedades alemanes desearen ingresar a la República del Ecuador y permanecer en ella y trabajar en ella, los permisos que fueren necesarios siempre que no se opongan razones de orden y seguridad públicos, de sanidad pública y de moralidad."

Sírvase aceptar, señor Ministro, el testimonio de mi más alta consideración.

Dr. Bruno Toepfer,
Ministerialdirigent,
Presidente de la Delegación Alemana.

Al señor doctor don Rafael García Velasco,
Ministro Interino de Relaciones Exteriores
de la República del Ecuador.

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch verschiedene Maßnahmen der öffentlichen Hand. Die Bereitstellung öffentlicher Mittel für diesen Zweck aus dem Bundeshaushalt ist naturgemäß begrenzt. Deshalb ist die Bundesregierung bestrebt, private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zu fördern. Zu diesem Zweck gibt sie Kredite, Garantien und Steuervergünstigungen. Diese Maßnahmen dienen gleichzeitig der Anregung des deutschen Kapitalexports und sonstigen wirtschaftspolitischen Interessen.

Private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern sind in besonderem Maße geeignet, zum wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder und zur Verstärkung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik beizutragen. Investitionen der privaten Wirtschaft führen in der Regel neben dem Zufluß von Geld oder Sachwerten auch gleichzeitig zur Vermittlung technischen Wissens und technischer Erfahrung durch geeignete Fachkräfte, die in den Entwicklungsländern besonders wertvolle Arbeit leisten.

Private Kapitalanlagen haben den Vorzug, daß mit dem Kapital auch die unternehmerische Erfahrung investiert wird und daß das unternehmerische Risiko der Kapitalanlagen in vollem Umfang vom Investor getragen wird. Die Anlage privaten deutschen Kapitals soll durch die Sicherung eines ausreichenden Rechtsschutzes auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages besonders gefördert werden. Das ist das Ziel des vorliegenden Vertrages.

Der Vertrag trägt zugleich den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes Rechnung. Danach können zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu Lasten des Bundes in der Regel dann übernommen werden, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit lehnt sich der deutsch-ecuadorianische Vertrag vom 28. Juni 1965 ebenso wie die mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen gleicher Art inhaltlich an die von der Bundesrepublik abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge an, soweit sie sich mit der Frage der Nichtdiskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiete und mit dem Vermögensschutz im Falle einer Enteignung befassen. Darüber hinaus regelt der Vertrag sonstige Materien, die für eine Kapitalanlage im Ausland von Bedeutung sind.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält 14 Artikel; ihm sind ein Protokoll und ein Briefwechsel beigefügt.

Zu Artikel I

In Artikel I ist der Grundsatz festgelegt, daß jede Vertragspartei Kapitalanlagen fördern und gerecht und billig behandeln wird, die in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zugelassen worden sind. Gemäß Nummer 1 des Protokolls genießen solche Kapitalanlagen den vollen Schutz des Vertrages.

Zu Artikel II

Artikel II verbietet eine diskriminierende Behandlung von Kapitalanlagen und von Staatsangehörigen oder Gesellschaften hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen.

Zur Auslegung des Artikels II gibt Nummer 2 Buchstabe a des Protokolls Beispiele diskriminierender Maßnahmen. Gemäß Nummer 2 Buchstabe b des Protokolls finden die Bestimmungen des Artikels II auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung. In einem Briefwechsel verpflichtet sich Ecuador jedoch, im Interesse der Erleichterung und Förderung deutscher Kapitalanlagen deutschen Staatsangehörigen, die eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen zu erteilen.

Zu Artikel III

Nach diesem Artikel genießen Kapitalanlagen vollen Schutz und Sicherheit. Enteignungen sind nur zum allgemeinen Wohl und gegen volle Entschädigung, die tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein und unverzüglich geleistet werden muß, zulässig. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung können in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden. Unter den Begriff der Enteignung fallen nach Nummer 3 des Protokolls auch die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht und ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand.

Soweit Kapitalanlagen infolge von Krieg, Revolution oder Aufruhr Schaden erleiden, werden die Geschädigten hinsichtlich aller Entschädigungen nicht weniger günstig behandelt als die eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften.

Absatz 4 des Artikels III enthält eine alle Bestimmungen dieses Artikels umfassende Meistbegünstigungsklausel.

Zu Artikel IV

Artikel IV gewährleistet den freien Transfer des Kapitals, seiner Erträgnisse und im Falle der Liquidation des Liquidationserlöses. Als Liquidation im Sinne des Artikels IV gilt nach Nummer 4 Buchstabe a des Protokolls auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung. In Nummer 4 Buchstabe b des Protokolls ist die Frist festgesetzt, innerhalb der Transferanträge bearbeitet werden müssen. Nach Nummer 4 Buchstabe c des Protokolls schließt der Begriff „freier" Transfer die Anwendung der geltenden Rechtsvorschriften über Steuern und Abgaben nicht aus. Der Transfer erfolgt nach Nummer 4 Buchstabe d des Protokolls unter Beachtung der

Bestimmungen des Vertrages und im übrigen nach den im Zeitpunkt der Überweisung im Gebiet der betreffenden Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften.

Zu Artikel V

Die Bestimmung des Artikels V trägt den besonderen, aus den Gewährleistungsbestimmungen der Bundesrepublik sich ergebenden Erfordernissen Rechnung. Sie setzt die Bundesregierung, wenn sie auf Grund einer Gewährleistung für eine in Ecuador vorgenommene Kapitalanlage in Anspruch genommen wird, in die Lage, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im Namen der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen.

Zu Artikel VI

Artikel VI legt fest, daß Transferierungen im Rahmen dieses Vertrages zu dem Kurs zu erfolgen haben, der nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds für laufende Geschäfte gilt. Sofern im Zeitpunkt der Transferierung ein Umrechnungskurs nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds nicht besteht, z. B. weil eine der beiden Vertragsparteien aus dem Internationalen Währungsfonds ausgetreten ist, ist der im Verhältnis zum US-Dollar, zu einer anderen konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegte Kurs oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, ein gerechter und billiger Kurs anzuwenden.

Ist nach den geltenden Rechtsvorschriften die Anwendung des Kurses nach Artikel VI Absätze 1 bis 3 von einer Registrierung der Kapitalanlage abhängig, dann finden die Bestimmungen des Artikels VI Absätze 1 bis 3 gemäß Nummer 5 Buchstabe a des Protokolls nur Anwendung, wenn die Registrierung erfolgt ist. Nach Nummer 5 Buchstabe b des Protokolls wird die Kursregelung in Artikel VI Absatz 3 nur angewandt, wenn ein einziger amtlicher Kurs besteht.

Zu Artikel VII

Artikel VII regelt das Verhältnis der Bestimmungen dieses Vertrages zu anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften; diese gehen vor, soweit sie eine günstigere Behandlung der Kapitalanlagen als der vorliegende Vertrag vorsehen.

Von besonderer Bedeutung ist Satz 2, nach dem jede Art von Verpflichtung, die eine Vertragspartei in bezug auf eine den Bestimmungen dieses Vertrages unterliegende Kapitalanlage übernommen hat, z. B. im Wege einer Konzession oder einer privatrechtlichen Vereinbarung, einzuhalten ist; die Verletzung einer solchen Verpflichtung stellt hiernach zugleich eine Verletzung der durch den vorliegenden Vertrag übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen dar.

Zu Artikel VIII

In Artikel VIII werden die im Vertrag verwendeten Bezeichnungen „Kapitalanlage", „Erträge", „Staatsangehörige" und „Gesellschaften" definiert.

Nummer 6 Buchstabe a des Protokolls stellt klar, daß Erträge aus den Kapitalanlagen und im Falle ihrer Wiederanlage auch deren Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlagen genießen.

Nummer 6 Buchstabe b des Protokolls behandelt den Nachweis der Staatsangehörigkeit.

Zu Artikel IX

Gemäß Artikel IX gelten die Bestimmungen des Vertrages auch für Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei schon vor dem Inkrafttreten des Vertrages vorgenommen worden sind.

Nach Nummer 7 des Protokolls werden die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus dem Londoner Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden durch diesen Vertrag nicht berührt.

Zu Artikel X

Artikel X verhindert, daß Drittstaaten, denen in anderen Verträgen eine allgemeine Meistbegünstigungsklausel eingeräumt worden ist, auf Grund des vorliegenden Vertrages die Inländerbehandlung für sich in Anspruch nehmen können, obwohl sie selbst nicht zur Einräumung der Inländerbehandlung bereit sind.

Zu Artikel XI

Falls Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung des Vertrages nicht durch diplomatische Verhandlungen beigelegt werden können, ist jede Vertragspartei berechtigt, ein zu bildendes Schiedsgericht anzurufen. Der Artikel regelt die Bildung und Zusammensetzung des Schiedsgerichts und gibt diesem Gericht das Recht, sein Verfahren selbst zu bestimmen. Die festgelegte Schiedsgerichtsbarkeit berührt jedoch in keiner Weise die Zuständigkeit der Gerichte der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wurde.

Zu Artikel XII

Die Vertragsparteien vereinbaren, den Schutz von Kapitalanlagen auch für den Fall von Auseinandersetzungen zu gewährleisten. Zulässig bleiben jedoch vorübergehende Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts gestattet sind.

Zu Artikel XIII

Der Artikel enthält die übliche Klausel über die völkerrechtliche Einbeziehung des Landes Berlin.

Zu Artikel XIV

Artikel XIV regelt Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrages. Die Mindestlaufzeit des Vertrages beträgt zehn Jahre; eine automatische Verlängerung ist vorgesehen. Nach Außerkrafttreten des Vertrages genießen die bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere zwanzig Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll bringt in neun Nummern Erläuterungen und bindende Auslegungsvorschriften zu dem Vertrage. Abgesehen von den unter den Artikeln I bis IV, VI, VIII und IX bereits erwähnten Bestimmungen enthält es

in Nummer 8 eine Garantie der Vertragspartner für die freie Wahl der Transportmittel, die dem Fracht- und Personenverkehr im Zusammenhang mit den Zielen des Vertrages dienen und

in Nummer 9 eine Einschränkung der Vertragsbestimmungen über die Meistbegünstigung, die nicht anwendbar sind auf die Vorteile, Privilegien und Vergünstigungen, Zugeständnisse und Befreiungen, die eine Vertragspartei ihren Grenzstaaten gewährt oder gewähren wird, sowie auf solche, die sich aus Verpflichtung regionaler Wirtschaftsintegration oder aus der Mitgliedschaft in einer Zollunion ergeben.

Zu dem Briefwechsel

Zum Vertrag gehört ein Briefwechsel, der unter Artikel II erläutert worden ist.